



BESCHLUSSVORLAGE

Antragsteller/in

Drucksachen-Nr.: - AZ:

Fraktion DIE LINKE und Die PARTEI

0189/21 - I/44 -

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis
Stadtverordnetenversammlung		

Betreff:

Beitritt zum Bündnis "Sichere Häfen" sowie Beschluss weiterer Forderungen und Maßnahmen

Anlage/n:

ohne Anlagen

Text:

1. Die Stadt Wetzlar tritt dem kommunalen Bündnis ‚Sichere Häfen‘ bei und erklärt sich solidarisch mit den Menschen, die vor Krieg, Hunger und Perspektivlosigkeit flüchten.
2. Die Stadt Wetzlar verurteilt Versuche, die zivile Seenotrettung zu kriminalisieren und stellt fest: Ein Behindern der Rettungskräfte im Mittelmeer stellt nicht nur einen Bruch des internationalen Seerechts dar, sondern ist auch nach deutschem Recht nach § 323 c (2) Unterlassene Hilfeleistung durch Behindern von Personen, die Dritten Hilfe leisten.
3. Die Stadt Wetzlar erklärt sich bereit, in Seenot geratene Menschen auf der Flucht aufzunehmen und ihnen Schutz zu gewähren.
4. Die Stadt Wetzlar fordert die Regierung Hessens dazu auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm nach § 23 (1) AufenthG einzuführen, um sichere Fluchtrouten abseits der hochgefährlichen Mittelmeerroute zu ermöglichen.
5. Die Stadt Wetzlar fordert eine europäische Lösung bei der Verteilung der zu uns nach Europa Geflüchteten.

6. Die Stadt Wetzlar erklärt sich zudem bereit, Geflüchtete aus Afghanistan aufzunehmen.

Wetzlar, den 25.08.2021

gez. Sarah Dubiel
Christopher Ray-Lenz

Begründung:

Seit Beginn der Krisen in Syrien und Afrika sind mehr als 30.000 Menschen im Mittelmeer beim Versuch, sich in Sicherheit zu bringen und das Mittelmeer zu überqueren, verdurstet und ertrunken. Das Sterben im Mittelmeer findet tagtäglich statt. Es ist eine der großen humanitären Katastrophen des jungen 21. Jahrhunderts.

Die Stadt Wetzlar muss sich hier klar gegen den Versuch der Aushöhlung der europäischen humanistischen Grundwerte und nicht zuletzt gegen eine Aushöhlung des ersten Artikels unseres Grundgesetzes stellen. Sie tritt deshalb dem Bündnis „Sichere Häfen“ bei, dem sich bis dato bereits über 200 deutsche Städte und Gemeinden angeschlossen haben, darunter die Städte Gießen und Marburg in Mittelhessen sowie Darmstadt, Groß-Gerau, Kassel und Wiesbaden.

Sicherer Hafen werden bezieht sich nicht mehr alleine auf die Seenotrettung, sondern auch auf die aktuelle Situation in Afghanistan. Die islamistischen Taliban haben das Land übernommen und Tausenden Menschen droht Folter und Tod. Die Bundesregierung ist hier in der Pflicht, für alle Ortskräfte und ihre Familien sowie für alle, die von der politischen Verfolgung bedroht sind, eine sichere Evakuierung zu ermöglichen. Auch Wetzlar kann einen Teil dazu beitragen, indem die Stadt sich entschließt, einen Teil von ihnen aufzunehmen als Zeichen von Humanität und Offenheit.